

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementpreis 5 Mk. pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kanter, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigentell: Eduard Steinbrenner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

Inserate: Die vier-spaltige Kompartimentzeile ober deren Raum 4 Mk.
Arbeiterermittlungen 2 Mk. pro Zeile.
Verbandsanzeigen 75 Pf. pro Zeile.

Gegen die Schädlinge in unseren Reihen!

Dem Treiben der kommunistischen Zellen, die in Ausführung der von Moskau gekommenen Befehle wie in anderen Organisationen, so auch im Deutschen Holzarbeiter-Verband gebildet wurden, hat unser Vorstand mit großer Langmut zugehört. In der „Holzarbeiter-Zeitung“ haben wir uns wiederholt mit der kommunistischen Agitation in den Gewerkschaften beschäftigt und sie ins rechte Licht gerückt. Das hat uns den grimmen Zorn der sich getroffenen Fühlernden eingetragen. Wir müssen uns damit abfinden in dem Bewußtsein, eine zwar recht unangenehme, aber notwendige Arbeit im Interesse der Organisation geleistet zu haben. Der Verbandsvorstand war mit der Tendenz dieser Aufsätze der „Holzarbeiter-Zeitung“ einverstanden; er hat die Bewegung aufmerksam verfolgt, aber es für richtig gehalten, von einem direkten Einschreiten so lange wie möglich Abstand zu nehmen. Nun ist aber der Zeitpunkt gekommen, wo er einschreiten muß, wollte er sich nicht einer groben Pflichtverletzung schuldig machen.

Dem Beispiel der kommunistischen Zellen in einigen anderen Verbänden folgend, soll nun auch eine engere Verbindung zwischen den kommunistischen Fraktionen im Deutschen Holzarbeiter-Verband hergestellt und zu dem Zweck eine Reichskonferenz der auf dem Boden der Moskauer Internationale stehenden Mitglieder des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes veranstaltet werden. Seither schon besteht eine schriftliche Verbindung, die so gut funktioniert, daß die Arrangements der Konferenz auf die öffentliche Bekanntgabe ihrer Pläne verzichtet konnten. Nur die Kommunisten in Halle konnten anscheinend das Wasser nicht halten. Im redaktionellen Teil des dort erscheinenden „Klassenkampf“ wurde am 12. März folgende Bekanntmachung veröffentlicht:

Wir fordern alle Ortsverwaltungen und Verbandsmitglieder auf, den gewissenlosen Versuch, in das feste Gefüge unseres Verbandes einen Keil zu treiben, energisch zurückzuweisen. Die Teilnahme an der kommunistischen Sonderkonferenz ist verbandsschädigend und unvereinbar mit der Zugehörigkeit zum Verband. Wir fordern die Ortsverwaltungen auf, nicht nur eine Beschlüßung der Konferenz stricke abzulehnen, sondern auch die etwa dafür in Betracht kommenden Mitglieder der dortigen Zahlstelle auf die Konsequenzen hinzuweisen, die aus einem gegenteiligen Verhalten für sie entstehen müssen. Selbstverständlich dürfen für die Konferenz und ähnliche Sonderveranstaltungen keinerlei Verbandsmittel verwendet werden. Wo dies in statutenwidriger Weise dennoch geschehen sollte, werden die dafür verantwortlichen Verwaltungsfunktionäre persönlich haftbar gemacht werden.

Was in vorstehendem in Bezug auf die geplante Reichskonferenz gesagt ist, gilt in gleicher Weise auch für eine zum 20. März einberufene Sonderkonferenz „der auf dem Boden der Dritten Internationale stehenden Holzarbeiter Mitteldeutschlands.“

Es besteht Grund zu der Annahme, daß viele Kollegen, die sich den kommunistischen Zellen im Verband angeschlossen haben, sich der Tragweite ihres Tuns nicht bewußt sind. Die Bekanntmachung des Verbandsvorstandes ist ein deutliches Warnungszeichen. Völlig verkehrt ist die geflüchtete verbreitete Auffassung, als ob der Verbandsvorstand oder, wie der heute so beliebte Ausdruck lautet, die „Gewerkschaftsbureautratie“ die Opposition nicht vertragen könne und bemüht sei, sie zu ersticken. Auch eine Opposition kann im Verband recht nützlich wirken; sie ist unter Umständen sogar für das Bestehen und den Fortschritt der Organisation sehr wertvoll. Aber nur dann, wenn sie grundsätzlich auf dem Boden der Organisation steht.

Die kommunistische Opposition hat mit den gewerkschaftlichen Bestrebungen nichts gemein, ihr Ziel ist die Zerschlagung der Gewerkschaften. Wir sprechen diesen Satz aus, obwohl wir wissen, daß er von den kommunistischen Wortführern entrüstet zurückgewiesen wird. Sie werden nicht müde, mit dem Brüllen der Überzeugung zu verkünden, daß ihnen jede Spaltungsabsicht fernliege. Das ist eine Spekulation auf die Naivität der deutschen Arbeiter. Die kommunistische Agitation in den deutschen Gewerkschaften sieht in den Gewerkschaften nur die Massenorganisation der Arbeiter, und man möchte aus ihnen Stützpunkte für die kommunistische Partei machen. Die Absicht der Spaltung der Gewerkschaften liegt der kommunistischen Propaganda, zunächst wenigstens, fern; ihr Ziel ist die Eroberung der Gewerkschaften. Sie wird allerdings vor der Spaltung nicht zurückschrecken, wenn das Ziel der Eroberung sich als unerreichbar erweist.

Die gewerkschaftlichen Bestrebungen sind den Kommunisten sehr gleichgültig. Die von ihnen eroberten Gewerkschaften hören auf, Organisationen zur Hebung und Besserung der Wirtschaftslage der Arbeiter zu sein, sie sollen ein Mittel zur Förderung der Weltrevolution werden, zur Herbeiführung des allgemeinen Chaos, aus dem sich dann nach der kommunistischen Lehre, dem Phönix gleich, eine neue, bessere Welt erheben soll. Ob diese Lehre richtig oder falsch ist, wollen wir nicht untersuchen, und kein Verbandsmitglied soll gehindert werden, diese politischen Bestrebungen zu unterstützen. Aber in unserem Verband ist für diese Propaganda kein Raum. Wenn auch die Verbandsmitglieder in ihrer Gesamtheit die heutige Wirtschaftsordnung für falsch halten und bereit sind, für ihre Beseitigung und für die Verwirklichung des Sozialismus zu kämpfen, so können wir doch die heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse nicht ignorieren. Mag jeder für sein politisches Ideal in der ihm geeigneter erscheinenden Weise kämpfen — außerhalb der Gewerkschaften. In den Gewerkschaften finden wir uns zusammen, um zu verhindern, daß die Arbeiterschaft im Elend versinkt, ehe sie ihr großes Ziel erreicht.

Weil wir die Gewerkschaften ihrer Aufgabe erhalten wollen, müssen wir die Propaganda bekämpfen, die sie ihrem Zweck entfremden will. Würde es sich um eine Opposition handeln, die auf grundsätzlich gewerkschaftlichem Boden stehend, eine Änderung dieser oder jener Methode oder Einrichtung anstrebt, dann könnte man ihr, je nachdem, Zustimmung oder sie bekämpfen, aber wir würden ihre Konfrontation nicht befeuern. Darum handelt es sich jedoch hier nicht. Die Kommunisten behaupten unter anderem, daß die Kampfmethoden der Gewerkschaften nicht mehr zeitgemäß seien. Unter Verband hat am 12. März eine Delegationskonferenz gehabt, auf der die Kampfmethoden zur Diskussion kamen. Der wäre der Platz gewesen, die Meinungsverschiedenheiten auf diesem Gebiet zum Ausdruck zu bringen. Es wurde aber nicht einmal ein Versuch nach dieser Richtung unternommen, und die in der vorigen Nummer abgedruckte Resolution fand ohne Widerspruch einstimmige Zustimmung.

Was soll die mitteilende Bezirkskonferenz, was ist aus der Reichskonferenz geplant, die von den Kommunisten einberufen wurde? Es sollen doch offenbar Beschlüsse irgendwelcher Art gefaßt und eine Resolution erlassen werden, die für deren Durchführung zu sorgen hat. Wo in welcher Form und Abwesenheit der Delegierten soll das geschehen?

Der Vorstand. Die Macher der Sache sagen natürlich, das liege im Verbandsinteresse. Jede Absicht, den Verband zu spalten, liege ihnen fern. Ist es aber nicht schon die Verbands-spaltung, wenn neben dem vom Verbandstag gewählten und diesem verantwortlichen Verbandsvorstand eine illegale Organisation im Verband geschaffen wird, die sich eine illegale Leitung wählt?

Mit der Delegation nach Moskau will sich die mitteldeutsche Konferenz beschäftigen. Offenbar möchte man den Moskauern die Freude bereiten, auf dem von diesen einberufenen Kongreß mit einer Fraktion deutscher Holzarbeiter zu erscheinen. In dieser Hinsicht ist ja bereits vorgearbeitet worden, indem z. B. die Zahlstelle Berlin die Beschlüßung des Moskauer Kongresses beschlossen hat. Dabei ist nur übersehen worden, daß die Pflege der internationalen Beziehungen nach Maßgabe der Beschlüsse des Verbandstages, dem Verbandsvorstand obliegt. Keine Zahlstelle des Verbandes darf aus eigener Machtvollkommenheit ausländische oder internationale Kongresse beschicken. Der Deutsche Holzarbeiter-Verband ist dem Internationalen Gewerkschaftsbund mit dem Sitz in Amsterdam angeschlossen, der von den Moskauern mit Schmutz beworfen wird. Solange unsere Verbandseinrichtungen nicht von Grund aus geändert sind, bedeutet die Entsendung von Delegierten zu einem von den Moskauern einberufenen sogenannten internationalen Gewerkschaftskongreß den Verrat an der eigenen Organisation mit den sich daraus ergebenden Konsequenzen.

Genug davon! Die Rundgebung des Verbandsvorstandes zeigt auch den Mitgliedern, die die Tragweite der kommunistischen Zellenbildung in unserem Verband nicht übersehen haben, die notwendigen Konsequenzen, die sich aus diesem Tun ergeben. Wir sehen voraus, daß sich wieder ein fürchterliches Geschrei erheben wird, daß er die Organisation spalte. Der Zirkel des ertappten Spionagens, recht laut „Halte den Dieb!“ zu rufen, ist schon etwas abgebräunt. Unsere Verbandsleitung ist sich der auf ihr lastenden Verantwortung völlig bewußt; sie ist aber auch entschlossen, in vollem Umfange ihre Pflicht zu erfüllen, nämlich die Interessen des Verbandes nach allen Richtungen zu wahren.

Der vorstehende Artikel war bereits gesetzt, als wir im Halleischen „Klassenkampf“ eine Bekanntmachung der „Fraktionsleitung der Halleischen Holzarbeiter“ fanden, nach welcher die einberufene Konferenz in Halle wegen Verschiebung der Reichskonferenz vorläufig nicht stattfindet. Dafür veröffentlicht die „Reichsgewerkschaftszentrale der B. R. P. D.“ und die „Kommunistische Fraktion der Zahlstelle Berlin des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes“ in der „Roten Fahne“ (Abendausgabe vom 18. März) einen gemeinsamen Aufruf zur Beschickung einer Konferenz der revolutionären Holzarbeiter am 24. April in Berlin. Das in den vorstehenden Ausführungen Gesagte wird dadurch nicht berührt. Die Einberufer der Sonderkonferenzen in Halle und in Berlin haben aber nun Gelegenheit, sich die Sache noch einmal zu überlegen. Die Verbandsmitglieder, die etwa die Absicht hatten, der Einladung der Sonderverbände zu folgen, kennen nunmehr die Stellung des Verbandsvorstandes zu ihrem Unternehmen, und wir hoffen, daß sie daraus die richtigen Schlussfolgerungen ziehen werden.

Der internationale Gewerkschaftsbund und die Londoner Beschlüsse.

Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes hat sich am 14. und 15. März mit der durch die Londoner Beschlüsse der Häupter der Entente geschaffenen politischen Weltlage beschäftigt. Das Ergebnis war die folgende Entscheidung:

Der Internationale Gewerkschaftsbund stellt fest, daß der Abbruch der Verhandlungen in London eine sehr kritische Situation geschaffen hat. Überzeugt von der Berechtigung der Wiederherstellung sowie von der Tatsache, daß der Wiederaufbau der verödeten Gebiete ein unbedingtes Erfordernis für das ökonomische Gleichgewicht Europas und für die Wiederherstellung des wahren Friedens darstellt, erklärt er, daß diese Resultate nur durch ein Zusammenwirken der Arbeiter aller in Betracht kommenden Länder erzielt werden können.

Daher kann der Internationale Gewerkschaftsbund es nicht zugeben, daß die Aufgabe nicht gelöst werden kann, welche diese Probleme nicht zu lösen vermögen. Außerdem die Sache der Wiederherstellung zu fördern, verweigert die Aufbietung militärischer Gewalt nur die Periode der Unsicherheit und ermöglicht es der Reaktion und dem Militarismus, neue Kräfte zu sammeln, den sich unter den Völkern neu zu entfalten und Europa in neue Abwärts zu entwickeln.

Die Anwendung einer solchen Politik kann nur dazu führen, die Gefahren zu vergrößern. Die abzuwendende Gefahr der Arbeiter aller Länder ist. Der Internationale Gewerkschaftsbund stellt fest, daß das Scheitern der Unterhandlungen in London das

Konferenz der Holzarbeiter Mitteldeutschlands.

Am Sonntag, den 20. März, vormittags 10 Uhr, findet in Halle (Saale), Volkspark, Mittelzimmer, eine Konferenz

der auf dem Boden der Dritten Internationale stehenden Holzarbeiter Mitteldeutschlands statt. Die Tagesordnung lautet:

1. Die Reichskonferenz in Berlin am 28. März.
2. Das Arbeiten der Opposition im Verbands (Referent: Lieske-Berlin).
3. Der kommende Verbandstag (Referent: Richard Müller-Halle a. d. S.).
4. Delegation nach Moskau.

Genossen im Holzarbeiter-Verband! Laßt euch durch nichts abhalten, diese Konferenz zu beschicken. Alle Zahlstellen Mitteldeutschlands sind verpflichtet, mindestens einen Genossen zu schicken. Anmeldungen sind schnellstens zu richten an H. Heinrich, Halle a. S., Trothaer Straße 80.

Die Fraktionsleitung der Halleischen Holzarbeiter.

Man kann es dahingestellt lassen, ob diese öffentliche Unterbrechung eine Unvorsichtigkeit oder eine Provokation war, jedenfalls war der Verbandsvorstand verpflichtet, zu der Angelegenheit Stellung zu nehmen. Das ist in einer am 18. März abgehaltenen Vorstandssitzung geschehen. Das Ergebnis der sehr eingehenden Aussprache war der Beschluß, die nachstehende Bekanntmachung zu erlassen, die sofort an alle Ortsverwaltungen versandt wurde:

Eine kommunistische Reichskonferenz im Holzarbeiter-Verband.

Uns ist bekanntgeworden, daß von kommunistischer Seite eine Reichskonferenz von Vertretern solcher Mitglieder des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes vorbereitet wird, die auf dem Boden Moskaus stehen. Damit soll das unheimliche Beispiel aus einigen anderen Gewerkschaften auch in unserem Verband nachgeahmt werden. Planmäßig, angetrieben von außerhalb unseres Verbandes stehenden, sind seit längerer Zeit in einzelnen Zahlstellen kommunistische Keimzellen gebildet worden, an denen sich ein Teil der Mitglieder organisatorisch von dem anderen abspaltete. Hader und Zwietracht, parteipolitische Lebens- und eine Schwächung der gewerkschaftlichen Stoffkraft und dadurch in solche Zahlstellen hineingetragen worden. Nachdem schon versucht wurde, die örtlichen Keimzellen beseitigen zusammenzuführen, soll nun das verderbliche Werk vollendet werden durch eine Reichskonferenz, auf der die Pläne beraten werden sollen. Wenn die Keimzellen auf dem Boden Moskaus ihr Ziel verfolgen, in der Organisation Verwirrung zu stiften. Die Ortsverwaltungen der kommunistischen Sonderkonferenzen haben es, viele Mitten einer Zeitpunkt gewählt, in dem vollkommene Schlossenheit und eiserne Disziplin im Verband das höchste Gut der Stunde sind. Am 1. April laufen für 200.000 Kollegen die Verträge ab. Das partiellisierte Untereinander von Verbandsleitungen der Arbeitsschritte, zu deren Wahrer die eben festgesetzte Städtevertreterkonferenz unseres Verbandes die deutschen Holzarbeiter zur Kampfbereitschaft aufrufen hat, und ausgerechnet zur selben Zeit werden parteipolitische Kanakker in unsere eigenen Reihen die Sprengstoffe ihrer kommunistischen Sonderkonferenzen.

der kapitalistischen Diplomatie ist, die nach dem sie den Krieg provoziert hat, nicht inskande ist, den Frieden zu sichern, und erklärt, daß, im Gegensatz zu dieser Haltung, auf der Grundlage der Prinzipien, die auf dem Vordere Internationalen Gewerkschaftskongress festgelegt wurden, zwischen den verschiedenen Ländern Übereinkommen abgeschlossen werden können, damit die verwüsteten Gebiete in möglichst kurzer Zeit neu aufgebaut und die materiellen und moralischen Spuren des Krieges endlich ausgelöscht werden.

Er nimmt die von den Vertretern der deutschen Arbeiterbewegung abgegebenen Erklärungen zur Kenntnis, in denen der dringende Wunsch der deutschen Gewerkschaftsorganisationen ausgesprochen wurde, für den Wiederaufbau zu arbeiten.

Er bestätigt, daß das Genfer Übereinkommen zwischen den französischen und deutschen Bauarbeiterorganisationen über die Wiedergutmachung der durch den Krieg verursachten Schäden dieser Aktion als Grundlage zu dienen hat.

Um die Durchführungsmodalitäten dieses Übereinkommens festzulegen, wird eine spezielle Konferenz der Gewerkschaftsvertreter aus den betroffenen Ländern für den 31. März d. J. nach Amsterdam einberufen werden.

In dem Bestreben, den völligen Frieden wiederherzustellen, und angefaßt der einander widersprechenden Erklärungen der Sachverständigen beider Parteien, schlägt der Internationale Gewerkschaftsbund vor, daß eine unparteiische Enquete abgehalten werde, wodurch zwischen den verschiedenen Ländern — nötigenfalls durch Schiedsspruch — eine Übereinstimmung erzielt werden soll, sowohl was die wiedergutzumachenden Schäden, als auch was die Leistungsfähigkeit des Schuldnerstaates betrifft. Bis zu der endgültigen Regelung soll eine vorläufige internationale Einmündung internationale Anleihe die notwendigen Summen aufbringen, damit die Arbeiten des Wiederaufbaues unverzüglich in Angriff genommen werden können.

Der Internationale Gewerkschaftsbund erklärt, daß der Weltfriede nicht von einer militärischen Besetzungspolitik abhängig gemacht werden darf. Er fordert, daß man auf diese Gewaltmaßnahmen verzichte, und daß endlich die internationale Solidarität zum Ausdruck gebracht werde, die allein die Vermittlung einer Politik der Wiedergutmachungen ermöglichen und eine Bürgschaft bieten kann für den Frieden durch die Arbeit.

Diese Erklärung des Internationalen Gewerkschaftsbundes ist notwendig. Ihre praktische Wirkung wird freilich davon abhängig sein, welchen Einfluß die Gewerkschaften in den Entente-Ländern auf ihre Regierungen ausüben in der Lage sind. Die französischen Gewerkschaften haben bereits Stellung genommen. Der Vorstand des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes (Confédération Générale du Travail) hat sich schon am 10. März mit den „Sautions“ beschäftigt und die Besetzung neuer östlichen Gebiete und die Errichtung einer neuen Zollgrenze auf das schärfste verurteilt und jede Gemeinschaft mit diesen Handlungen der Regierung abgelehnt. In der Entscheidung wird auf das zwischen den französischen und den deutschen Arbeitern herrschende Einverständnis über den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete hingewiesen, und die Organisationen in ganz Frankreich werden aufgefordert, sich der Protestaktion anzuschließen. Leider muß aber mit der Tatsache gerechnet werden, daß die französischen Gewerkschaften auf des Parlament und die Regierung nur sehr geringen Einfluß haben.

Einfluß haben in ihrem Lande die englischen Gewerkschaften. Da sie sich jedoch der vom Internationalen Gewerkschaftsbund angeregten Aktion mit dem erforderlichen Eifer anschließen werden, und es ist beabsichtigt, ihren Willen durchzusetzen können, steht vor uns die Erinnerung, daß auch die Stellungnahme des Internationalen Gewerkschaftsbundes als wertvolles Mittel in der Hand der durch den Übermut und die Unvernunft der Entente hervorgerufenen Erschütterung des europäischen Wirtschaftslebens ist.

Soziales.

Die Aufklärung der Demolierungsausschüsse.

Die Festbestimmung vom 12. Februar 1921 bestimmt, daß die in der Demolierungsausschüsse bestehenden Demolierungsausschüsse für den 21. März d. J. aufgelöst sind. Die Landesbehörden haben jedoch die für Demolierungsausschüsse bestehenden Ausschüsse nicht aufgelöst, sondern sie in die Ausschüsse überführt. Die Landesbehörden haben jedoch die für Demolierungsausschüsse bestehenden Ausschüsse nicht aufgelöst, sondern sie in die Ausschüsse überführt. Die Landesbehörden haben jedoch die für Demolierungsausschüsse bestehenden Ausschüsse nicht aufgelöst, sondern sie in die Ausschüsse überführt.

Die obigen Ausführungen sind in der Sache der Demolierungsausschüsse. Die Landesbehörden haben jedoch die für Demolierungsausschüsse bestehenden Ausschüsse nicht aufgelöst, sondern sie in die Ausschüsse überführt. Die Landesbehörden haben jedoch die für Demolierungsausschüsse bestehenden Ausschüsse nicht aufgelöst, sondern sie in die Ausschüsse überführt.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 12. Wochenbeitrag für das Jahr 1921 fällig geworden.

Berlin SO, 16, Am Kölnischen Park 2.

Der Vorstandsvorsitzende.

Der Gantag in Stuttgart.

Der Gantag für den Stuttgarter Gau, der am 5. und 6. März abgehalten wurde und von 150 Delegierten aus 110 Zahlstellen besucht war, nahm dank der guten Vorbereitung einen anregenden Verlauf. Der Gauvorsitzer Göttsried beschäftigte sich in seinem mündlichen Bericht hauptsächlich mit den Tarifen und Lohnbewegungen, die in der Berichtsperiode die Tätigkeit des Gauvorstandes hauptsächlich in Anspruch genommen hatten. Es sind aber auch ganz wesentliche Erfolge erzielt worden. Nicht nur für die Schreiner, sondern auch für die anderen Bräucher, besonders für die Säger, für die der Mühen der Organisation, der sie erst nach der Revolution in größerer Zahl zugezogen sind, recht stimmenfällige in Erscheinung trat. Der starke Mitgliederzuwachs, dessen sich unser Verband in den letzten beiden Jahren zu erfreuen hatte, wurde im Gau Stuttgart noch bedeutend übertroffen. Die Mitgliederzahl hat sich hier mehr als verdreifacht, sie stieg von 8911 zu Beginn des Jahres 1919 auf 31 033 am Schluß des Jahres 1920.

Der als Vertreter des Verbandsvorstandes anwesende Redakteur Kasper besprach die Aufgaben des bevorstehenden Verbandstages. Er setzte sich dabei ausführlich mit den Angriffen auseinander, die von der Opposition gegen die Verbandsleitung gerichtet werden. Auf welche Schwächen Fühen der Vorwurf steht, daß der Kampfcharakter des Verbandes zu schwanden drehe, zeigt die große Zahl der in den letzten Jahren gescheiterten Kämpfe und die Höhe der dafür aufgewandeten Summen. Vor dem steht der Verbandsvorstand nach wie vor auf dem Standpunkt, daß der Streik das letzte gewerkschaftliche Kampfmittel ist, das nur angewendet werden darf, wenn der gewollte Zweck auf anderem Wege nicht zu erreichen ist. Aus der Tatsache, daß ein sehr großer Teil der Verbandsmitglieder noch recht jung in der Organisation ist, erklärt es sich, daß so verschiedenartige neue Projekte für die Umgestaltung der Gewerkschaften ausgearbeitet werden, wobei es sich vielfach um Fragen handelt, die schon vor Jahrzehnten sehr gründlich erörtert und entschieden worden sind. Der Ansturm gegen die Arbeitergemeinschaften entbehrt gerade in der Holzindustrie jeder vernünftigen Grundlage und ist nur aus der Unkenntnis der auf diesem Gebiet geleisteten Arbeit zu verstehen. Dabei handelt es sich für den Verband in der Frage der Arbeitsgemeinschaften wie in der der Organisationsform und so mancher anderer Fragen um Dinge, die rein vom Standpunkt der Zweckmäßigkeit zu entscheiden sind. Es ist völlig verfehlt, in diesen Fragen Präzedenzfälle zu ziehen.

Die beiden Vorträge wurden gemeinsam zur Debatte gestellt und damit die Abrechnung der vorliegenden Angelegenheiten verbunden. In dieser Debatte spielten die Besprechungen der Moskauer Kammer eine erhebliche Rolle. Von den Anträgen, die sich auf die einheitliche Verbandsstruktur beziehen, wurden mehrere, die den Ausbau des Verbandwesens betreffen, dem Gauvorstand übergeben. Beim Verbandstag soll beantragt werden, die Zusammenfassung der Zahlstellen zu beschließen und die Verwaltungsbürokratie zu reduzieren. Angekommen wurden auch mehrere Anträge, welche die Herabsetzung der Kassenbeiträge für den Holz von Umrechnungen bezwecken. Erwähnenswert ist auch ein Antrag, der die Vereinfachung von Mitteln für die Fortbildung der Betriebsräte fordert. Ein Antrag, der vermehrte Initiation wünscht, wurde dem Gauvorstand zur Berücksichtigung übergeben. Bei der Abrechnung dieses Antrages kam besonders deutlich zum Ausdruck, daß zwischen Gauvorstand und den Mitgliedern das beste Einverständnis herrscht, das durch die positiven Meinungsverschiedenheiten kaum getrübt wird.

Der Verlauf des Gantages hat übrigens bewiesen, daß die kommunistischen Sonderbestrebungen bei weitem nicht die Zustimmung haben, die man ihnen von einer scharfen Seite zu geben wünscht. In kommunistischen Blättern hat man beispielsweise gelassen, daß eine ganze Reihe von Zahlstellen im Stuttgarter Gau sich für den berühmten Wiener „Kampf“ erklärt habe. Wie solche Verhältnisse zustande kommen, zeigt der Bericht von Göttsried, das was dem dorthin Delegierten auf dem Gantag vorgetragen wurde. Von den über 500 Mitgliedern der Zahlstellen waren 41 in der Versammlung. Die Rede, die Göttsried hielt, war „Kampf“ zur Sprache kam. Er ist aktiviert sich 17 Mitglieder, und auf Grund dieses Beschlusses wird die Arbeit der Zahlstellen im Stuttgarter Gau auf dem Weg des „Kampfes“ zu führen.

Nach dem Gantag lag ein von acht Zahlstellen gestellter Antrag vor, der eine Kundgebung für den 1. Oktober in Stuttgart forderte. Die Kundgebung sollte sich aber nicht in Stuttgart abhalten, sondern in Berlin. Er wurde jedoch gegen 22 Stimmen abgelehnt. Als Antwort auf diesen Antrag wurde eine Resolution angenommen, die eine einheitliche Aktion anlässlich des 1. Oktober forderte. Der Gauvorstand hat sich aber nicht für die Kundgebung in Berlin ausgesprochen, sondern die Kundgebung der Holzarbeiter im Gau Stuttgart ist.

Gegen 19 Stimmen wurde darauf die folgende Resolution angenommen:

Die Arbeiterkommunistische Organisation hat der Holzindustrie eine große Schuld angetan. Sie hat die Holzarbeiter in die Irre geführt und sie von der Gewerkschaft getrennt. Die Holzarbeiter müssen sich von der Arbeiterkommunistischen Organisation trennen und sich der Gewerkschaft anschließen. Die Holzarbeiter müssen sich von der Arbeiterkommunistischen Organisation trennen und sich der Gewerkschaft anschließen.

Holzarbeiter des Gaues Stuttgart lehnen eine solche Zumutung mit aller Entschiedenheit ab. Der Gantag verurteilt die von den Kommunisten betriebene Geheimzellenbildung und verpflichtet alle Delegierten, gegen diese die Einheit der Organisation zerstörenden Versuche mit aller Entschiedenheit Stellung zu nehmen. Die Gewerkschaften bedürfen mehr als je der Einheit und Geschlossenheit, wenn sie nicht in ihrer Schlagkraft gelähmt und Verwirrung in ihre Reihen getragen werden soll. Die von der kommunistischen Partei in ihrem Offenen Brief ausgesprochenen Forderungen können nicht als Grundlage betrachtet werden, auf der eine einheitliche Aktion der Gewerkschaften möglich ist. Der Gantag lehnt deshalb dieses Ultimatum ab in der festen Überzeugung, daß die Gewerkschaften selbst die den Arbeitern notwendigen Maßnahmen ergreifen werden, ohne sich von einer politischen Partei ihre Direktiven geben zu lassen, zumal gerade die kommunistische Partei bisher stets selbst wirtschaftliche Kämpfe der Arbeiter dazu benutzte, parteipolitische Geschäfte zu machen. Die Gewerkschaftsbewegung braucht zur Erreichung ihrer Ziele alle Kräfte, unbekümmert um ihre politische oder religiöse Auffassung, und kann sich deshalb nicht zum Anhängen einer bestimmten politischen oder religiösen Gruppe degradieren lassen. Dies würde die unbedingte Spaltung der Gewerkschaften zur Folge haben und nur die Arbeiterkraft in ihrem Einfluß schwächen.

Der Verlauf des Gantages hat gezeigt, daß der Stuttgarter Gau für die kommunistische Zellenbildung kein günstiger Boden ist, er hat aber bei den Teilnehmern den Eindruck hinterlassen, daß trotz der politischen Gegensätze ein Zusammenarbeiten der Kollegen im Verband möglich ist und von allen Seiten angestrebt wird. Die Auseinandersetzungen waren, soweit sie politisches Gebiet berührten, zum Teil scharf, aber sie haben bei den Beteiligten keinen Stachel hinterlassen. Schalten wir die Gegensätze, die unsere gewerkschaftliche Tätigkeit nicht berühren, aus den Erörterungen in den Mitglieder-versammlungen aus, dann wird aus dem Verband und der Kollegenchaft nur zum Vorteil gereichen. Deshalb war auch Kollege Göttsried berechtigt, in seinem Schlußwort auf den zufriedenstellenden Verlauf des Gantages hinzuweisen, der zu der Hoffnung berechtigt, daß sich unser Verband auch weiterhin günstig fortentwickeln und in immer höherem Grade zum Hort der deutschen Holzarbeiter werden wird.

Der Gantag in Erfurt.

Am 5. und 6. März tagte in Erfurt der Gantag für den Thüringer Gau. Anwesend waren aus 123 Zahlstellen 158 Delegierte. Der Gauvorstand war durch den Kollegen Larnow vertreten. Der Gauvorsitzer, Kollege Göttsried, konnte über eine Fülle von Arbeit berichten, die im Thüringer Gau geleistet worden ist. In der Berichtsperiode wurden 45 Zahlstellen neu gegründet. Die Mitgliederzahl ist von 7060 auf 21 000 gestiegen. Im Thüringer Gau sind alle Branchen der Holzindustrie vertreten, der Zustrom der Mitglieder relativ ist in der Hauptsache aus den Gruppen der Sägerei, Arbeiter, Kistenmacher, Pfeifenmacher usw. Diese Kollegen haben vorher sehr eifrige Arbeitsbedingungen. Das heißt zur Folge, daß sehr viele Holzlämpfe durchgebrannt werden müßten.

Im Schuhverband sind nur wenige Orte vertreten, deshalb war die Anwesenheit des Reichsarbeitsrats durchzuführen. In mehreren Städten ist darum getreift worden. Besonders bedeutungsvoll war die Saarländerbewegung. Im Oktober 1919 wurde der erste Lohnstreik auf zentraler Grundlage erklärt. Am 16. April 1920 wurde dann der allgemeine Tarifvertrag für die thüringische Schuhindustrie abgeschlossen, der sich in seinen Einzelbestimmungen an den Reichsarbeitsrat anlehnt. Derselbe ist bereits am 1. März abgeschlossen, eine Erneuerung war bisher nicht möglich. In der Korbmacherei hatte die Gehilfenorganisation laufende neuer Leute in den Verein gemacht. Jede Linie mit Ende des Krieges ein gewaltiger Umbruch ein. Geringere Beschäftigung und ein Übermaß von Arbeitern waren die Folgen. Die Verhältnisse liegen unter dem Druck dieser Verhältnisse nach. Für Korb- und Holzgeräth besteht ein Tarifvertrag. Die Korbmacherei war gut beschäftigt. Im Jahre 1920 sollte, wie überall, auch da die Krise ein. Die Kistenmacher unterliegen in fast allen Fällen dem Hungerlohn. Die Leinwand- und Stoffindustrie hatten fast keine Arbeiter. Mehrfach mußten sich die Kollegen ihres berechtigten Forderungen durch Streiks und Hungerkämpfen setzen. Die Kollegen der Spinnwarenindustrie sowie die der Papier- und Eisenindustrie sind sehr besser organisiert, doch bleibt auch hier noch ein weites Feld zur Verwirklichung. Für die Kollegen der Stadt, Pfeifen- und Korbindustrie und die Lohn- und Arbeitsbedingungen rechtlich geregelt. In Frankfurt wollten sich die Arbeiter nicht daran angeschlossen, und es wäre beinahe zum Kampf gekommen. Viel Zeit erforderten die Vertretungen der Kollegen an den Tarifkommissionen. In einer großen Anzahl Fälle mußte Hunger und auch Unterernährung voranschreiten werden, um auf diese Weise die Köpfe der Kollegen zu erweichen. In letzter Zeit lehnten die Unternehmer die Schiedssprüche weit ab. Der Bericht des Gauvorstandes wurde durch die Kollegen kritisch und fleißig erörtert. Die darauf folgende Ansprache war außerordentlich lebhaft, und die angelegte Kritik der einzelnen Kollegen kam als volle Anerkennung der Tätigkeit der Gauvorstände herab. Die Holzarbeiter des Gaues Stuttgart lehnen eine solche Zumutung mit aller Entschiedenheit ab. Der Gantag verurteilt die von den Kommunisten betriebene Geheimzellenbildung und verpflichtet alle Delegierten, gegen diese die Einheit der Organisation zerstörenden Versuche mit aller Entschiedenheit Stellung zu nehmen. Die Gewerkschaften bedürfen mehr als je der Einheit und Geschlossenheit, wenn sie nicht in ihrer Schlagkraft gelähmt und Verwirrung in ihre Reihen getragen werden soll. Die von der kommunistischen Partei in ihrem Offenen Brief ausgesprochenen Forderungen können nicht als Grundlage betrachtet werden, auf der eine einheitliche Aktion der Gewerkschaften möglich ist. Der Gantag lehnt deshalb dieses Ultimatum ab in der festen Überzeugung, daß die Gewerkschaften selbst die den Arbeitern notwendigen Maßnahmen ergreifen werden, ohne sich von einer politischen Partei ihre Direktiven geben zu lassen, zumal gerade die kommunistische Partei bisher stets selbst wirtschaftliche Kämpfe der Arbeiter dazu benutzte, parteipolitische Geschäfte zu machen. Die Gewerkschaftsbewegung braucht zur Erreichung ihrer Ziele alle Kräfte, unbekümmert um ihre politische oder religiöse Auffassung, und kann sich deshalb nicht zum Anhängen einer bestimmten politischen oder religiösen Gruppe degradieren lassen. Dies würde die unbedingte Spaltung der Gewerkschaften zur Folge haben und nur die Arbeiterkraft in ihrem Einfluß schwächen.

Über den bevorstehenden Verbandstag in Hamburg referierte der Verbandsvorsitzende, Kollege Larnow. In großen Umfassen behandelte er die Probleme, die der Lösung durch den Verbandstag harren. Die Tarifpolitik und Kampfpolitik, Industriearbeiter und Lohnbewegung, so wie sie im Gau zu sehen sind, weniger als 50 Anträge vorliegen, wurden vom Kollegen Larnow eingehend und gründlich unter Punktweisung der veränderten Verhältnisse besprochen. Der Offene Brief der A. N. T. O. und die Stuttgarter Forderungen fanden in sehr etwa anderen Stellen, mit großer Aufmerksamkeit, in besonderen Fällen besondere Berücksichtigung, und an der Hand klarer Punkte war die Überzeugungskraft so groß, daß in der darauf folgenden Debatte selbst die Kollegen und Delegierten gegen die Meinung wenig zu erwidern mußten.

